

Bezugs-Preis

In der Hauptvergabe oder deren Ausgaben abgeholte vierstündiglich, d. h. bei gewöhnlicher täglicher Auflösung im Kauf 4.00.— Wann die Post bezogen ist Deutschland u. Österreich vierstündiglich, d. h. 4.50,— für die übrigen Länder laut Zeitungskosten.

Redaktion und Expedition:

Zehnminutegasse 8,
Hausnummer 148 und 150.

Mitgliedschaften:

Winfried Hahn, Buchdrucker, Untersträßestraße 8,
R. Högl, Buchdrucker, 14, R. Königstraße 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Stachauer Straße 6,
Postamtamt 141 Nr. 1712.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Hunder, Druck. u. Verlagshaus,
Bülowstraße 10.
Postamtamt 141 Nr. 4600.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Mr. 83.

Sonntag den 15. Februar 1903.

97. Jahrgang.

Aus der Woche.

Die schweren Verschulden, die mit dem Dresdenner Schiedsgerichtsurteil von Moral und Recht geforderten Abschaffung gehabten haben, wollen fristlose Fanatiker anfangs auf das Schuldenkonto der Jesuiten legen. Als ob es überaupt behoben ist, fehlende Vorhersagen bedecken, um die Kreisfahnen einer Handlungsschwäche zu erkennen, wie sie der Sieg von Seidenhäusern über Ehr- und Pflichtgefühl in allen Herren Ländern von Abneigung der Welt gezeigt hat! Nein, mit Jesuiten hat dieser traurige Fall ganz und gar nichts zu tun, und mir beweisen auch sehr, daß er den Schülern Polens wirklich „lebt zu nah gekommen ist“. Denn wäre in Dresden die Macht der Jesuiten über den Jesuitismus wirklich so groß, wie uns glauben gemacht werden soll, so könnte das Verschwinden einer wohlbekannten nicht auf die ersten Fragen von Leben und Politik gerichteten Persönlichkeit an den Verhältnissen kaum etwas ändern. Es bleibt ja auch sonst noch Raum genug, um die schwerwiegende Bedeutung der Jesuitenfrage nicht nur für das engere, durch die Haltung der Regierung und ein starkes Gepräge vor dieser Landesgrenze gezeichnete Vaterland, sondern auch für das ganze Deutsche Reich Deutet, die es angeht, vor Augen zu halten. Mit Recht verweist der Evangelische Bund auf die Geschichte des Preußens selbst, auf den dreißigjährigen Krieg, um die schwere Gefahr für unser deutsches Volk, für seinen inneren Frieden, für die Wahrung seines geistigen und religiösen Beigespiels nicht noch abwenden zu helfen. Mag sein, daß für die Durchdringung der Kauderpolizei § 2 des Jesuitengesetzes so sehr viel nicht bedeutet. Wir wollen jedoch über die Gefahr sowohl, wie über die politische Geschmacklosigkeit hinwegsehen, da in der Aufhebung dieser Schranke liegt in einem Augenblick, da die romanischen Staaten fast des Wahnsinns zu entledigen trachten. Das kostbarste ist die preußische Willkürfreiheit aber zu bewahren, weil man mag reden so viel und will, ein Schrift getan werden soll zu Gunsten des Jesuitismus und weil das gezeichnet aus der Absicht, dem im Zentrum vertretenen Clerikalismus wohlgefällig zu erscheinen.

Auch für diese Gabe in der Hand zu haben glauben, die sie darum beim Zolltarif gar nicht „hohl gemacht“ zu haben brauchen, müssen sich die Beamtensklaven freuen. Sämtliche zur Wahlstimmung. Ghe sie aber vor ihrem Wählern persönlich erscheinen, suchen sie noch das Herz für die Not des kleinen Mannes in seinem schönsten Kleide zu zeigen. Indem bei der Generalsdebatte des Reichstags über den Etat des Innern das Zentrum den Auftrag auf Einführung des 10ständigen Maximal-Arbeitszeitgesetzes als Schauspiel aufzufordern hat, sucht es den anderen Parteien an sozialpolitischer Gesinnungsfähigkeit den Rang abzulaufen. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß die Rücksichtslosigkeit, mit der die Vertreter der Sozialdemokratie aus dem Ministerien und damit die Abgeordnetenkünste, soweit das überhaupt möglich ist, noch weiter machen, für den Werthauf der Parteien um die Palme der Volksfreundlichkeit die Verantwortung trägt. Und es soll auch zugestanden werden, daß bei diesen Debatten, denen Graf Ballhausen dieses Mal ganz besonders freien Raum gegeben hat, auch recht Brauchbares und Wertvolles zum Ausdruck gekommen ist. Vor allem hat sich hier Graf Posadzowski, der vor einem Jahre bei der Diskussion über den Titel „Gebot des Staatssekretärs“ Witterungen wegen der 12 000,- € anhören mußte, als der kantinäre, gewissenhaft und mit freiem Blick arbeitende Staatsmann bewährt, bei dem die Sozialpolitik des Reichs in guten Händen ist. Wie in eben diesen Tagen erlangte Gewissheit, daß vor den Wahlen die Teilnahme des Reichstages nur noch bis Ostern zur Verfügung steht, und die Wahrscheinlichkeit, daß schon im Juni zur Urne wird gescheitert werden, hat den Kaiser und die Sorge vom Seiten und führen der Parteien wie mit einem Rück auf die Wahrlösung gerichtet. Schon die Generalversammlung des Bundes der Landwirte rückte diese Fragen in ein akutes Stadium. Das Verhältnis des Bundes zu den Konservativen wurde mit ebenso weitem Horizont wie weitesten Blättern so darf beleuchtet, daß sofort zwei konervative Träger hochangesehener Namen, obwohl sie, wie Graf Roon von sich sagt, „ehrige und für das Volk der Landwirtschaft immerhin treu besorgte“ Landwirte sind, den Wangenheim, Rosalie, haben schlecht den Rücken gesehen. Die Ansätze gegen die Nationalüberlegenheit mögen ihnen Urehren selbst hinterher doch wohl unverantwortlich vorgekommen sein. Haben sich in einem mitteldeutschen Wahlkreis die Vertreter des Bundes mit anderen Parteien auf einen national-berlischen Kandidaten geeinigt, so ist auch das Hauptorgan des Bundes oder, wie es Herr Dr. Dertel so witzig genannt hat, dessen schwächer Schwester, die „Deutsche Tagesszeitung“, inzwischen zu der Elementarinstanz bestimmt, die Artikel bringt, die man nicht mehr lesen kann, wenn ein blauer Tag für Tag derartige, die monarchische Institution bestürzende Artikel bringen darf. Wie sind überzeugt, daß der sozialdemokratische Aufstandstaat in dieser Versicherung, ebenso wie in tausend anderen, sehr viel „revolutionär und vergewaltigungsfähiger“ sein würde.

Deutsches Reich.

5. Februar, 14. Februar. (Die „Freie, vergewaltigte und innern Realität“) und die sozialistische Pressefreiheit.) Nachdem der Mitteilung von der Festlegung des Wahltermins auf den 17. April bringt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ einen geburtenhaften Wahlappell, in dem sie „das Volk“ — die sozialdemokratische Wirklichkeit — nicht bestimmt immer im Namen des Volkes — anfordert, sondern lehnt und lädt den Volkswillen den Bergewaltungsabläufen der freien Realitäten entgegenzustellen. Unmittelbar nach diesem Artikel folgt — wie seit sechs Wochen jeden Tag — ein Artikel über den sächsischen Hofstand. Auf diesem Artikel, der diesmal das Wahlgebiet des Sondergerichts behandelt, spricht das Blatt von der „aus der Zeit des Absolutismus kommenden Freiheit von der Ausübungsfreiheit der Kirchen“, von der „monarchischen Vergangenheit“, von August dem Starken und seinem „Matrikelgenialität“, von den „parteilichen Tintenkuhen“, die bei jeder Gelegenheit mit vollem Braten das glückliche Familiennest des Hofs prellen“ müssten. Ob nun diesen Erklärungen gerade die „Sächsische Arbeiterzeitung“ das Recht hat, auf ihre politischen Wogen das Wort „frei“ anzuwenden, erscheint zunächst einmal fraglich. Zum zweiten aber kann es mit der realistischen Vergewaltigung doch nicht gut gehen, wenn ein blauer Tag für Tag derartige, die monarchische Institution bestürzende Artikel bringen darf. Wie sind überzeugt, daß der sozialdemokratische Aufstandstaat in dieser Versicherung, ebenso wie in tausend anderen, sehr viel „revolutionär und vergewaltigungsfähiger“ sein würde.

C. H. Berlin, 14. Januar. Die Wurm-Kräfte

feiner Zustimmung zu den Kandidaturen der Parteien noch ziemlich doch halten. Sucht er doch vor allem Männer, welche die stärkere Gewalt dafür bieten, daß es in der Stunde der Entscheidung fest bleiben und die Reben erhalten, wenn es gilt, die „aufende Mittelstandspolitik... den verbliebenen Regierungen abzutragen.“ Das kostbare, gerade durch solche Politik der Front miteinander verbundene Reichstagabstimmung haben wir an dieser Stelle erst gestern gekennzeichnet. Nur ein Werk noch über die Formen, in denen die ultramontane Entrüstung über die geplante Aufstellung politischer Sonderlandesräte in Rheinland und Westfalen sich Lust macht. Da wird bei Weise nicht ein Wort der nationalen Entrüstung laut über die Organisation einer förmlichen Volksunion im Westen des Deutschen Reichs. Die „König. Volkszeit.“ zeigt sehr wohl den „Anmut und die Erbitterung des polnischen Volkes über die Behandlung...“ welche denselben unter dem neuen Polenlust zu teilen wird. Nein, es ist, wie in Sachsen, lediglich der Verlust geführt, den die Kandidaten des Zentrums auf solche Weise zu gewähren hätten. Da, sie geht immer von den großen nationalen Geschichtspunkten aus, die ausschlaggebende Partei!

Obgleich infolge schweren Verpletterungen seit zwei Jahren aus der Tätigkeit des aktiven Politikers ausgeschlossen, verleiht doch der am Freitag verstorbenen bavarianischen Staatsminister A. Dr. Wilhelm Röhl auch in diesem Überblick über die letzten politischen Ereignisse eine besondere Würdigung. Sie zieht sich schon aus dem Grunde, weil das Abinschließen eines hervorragenden Staatsmannes, auch wenn er schon lange keinen Zug mehr über die Schwelle seines Hauses hinaus gezeigt hat, immer einen Verlust für das Land, in dem er wirkte, bedeutet. Hat doch jüngst Wilhelm Röhl dem Großherzog Friedrich bis in die letzte Zeit persönlich so nahe gestanden, daß eine mitteldalte Wirkung seines überlegenen Geistes und seiner den westlichen Kreis des Kulturerlebens umfassenden Weltanschauung auf die Gestaltung von Regierung und Landtag durchaus nicht ungestrichen war. Röhl und sein Sohn haben in dem Staatsminister Röhl einen der letzten Repräsentanten jenes von ehemals überwältigendem Einfluss geprägten Polen geblieben, der die katholische Kirche und die katholischen Bischöfe erfüllten Geiste verehrt und geliebt, der in den schwäger und späteren Jahren mit Walsh und Dolls zu den Höhepunkten nationalen Ruhmes geführt hat. Seinen innersten Wegen noch fühlte sich Röhl angewandt und zurückgestoßen von dem seligen Heimatlande bis auf den heutigen Tag so geschäftig Ultramontanismus. Er setzte im Bistum Bamberg, zu andererseitsen geistigen Genüssen befähigender Bildung, füllte von dem geringsten Anwachsen klerikaler Einschlüsse vor allem die Feste für die dem Kultusminister andererstaaten höheren und südlichen Ostalpen der Volksbildung. Genug haben die Annen seines Geistes und des verbliebenen Zug seines Herzogs der Gestaltung einer dem Wasserdeutschen Demagogismus gegenüber manchmal kühnste Rücksichtslosigkeit im Wege gestanden. Aber wer ihn kannte, sobald er dem Menschen die außerordentlichen Geistes mit den leuchtenden Augen, wie wenig er selbst verschieden war mit den Kongressen, die seiner Verhältnisse abgerungen worden. Seiner überlegenen Staatsmännischen Kunst verdaute man aber auch die Entfernung der Könige in den Zeiten, da eine Zulassung von bestiger gefordert wurde, als heute. In Dr. Röhl hätte dies die Karikatur ihres Meisters gefunden. Möchte das Wissen seiner Nachfolger der Nachwelt wie der Wissenschaft zeigen, daß Staatsminister Röhl Schule gemacht hat!

— Zur Ungültigkeitserklärung der Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg in der Wahlprüfungskommission wird noch bekannt: v. Oldenburg wurde am

3. April v. J. an Stelle des Abg. v. Buttamer, der sein Mandat niedergelegt hatte, im Wahlkreis Elbing-Warnenburg mit 9205 von 18 299 Stimmen, also mit nur 5 Stimmen Mehrheit, gewählt. Bei der Wahlprüfung durch die Wahlprüfungskommission stellte sich heraus, daß ihm eine Stimme an der absoluten Mehrheit fehlte. Die Kommission stellte aber noch ein Berleben dar, das wohl bis dahin noch keinem Reichstagsabgeordneten passiert war. Nach

— Zu der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg in der Wahlprüfungskommission wird noch bekannt: v. Oldenburg wurde am 3. April v. J. an Stelle des Abg. v. Buttamer, der sein Mandat niedergelegt hatte, im Wahlkreis Elbing-Warnenburg mit 9205 von 18 299 Stimmen, also mit nur 5 Stimmen Mehrheit, gewählt. Bei der Wahlprüfung durch die Wahlprüfungskommission stellte sich heraus, daß ihm eine Stimme an der absoluten Mehrheit fehlte. Die Kommission stellte aber noch ein Berleben dar, das wohl bis dahin noch keinem Reichstagsabgeordneten passiert war. Nach

— Zu der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg in der Wahlprüfungskommission wird noch bekannt: v. Oldenburg wurde am 3. April v. J. an Stelle des Abg. v. Buttamer, der sein Mandat niedergelegt hatte, im Wahlkreis Elbing-Warnenburg mit 9205 von 18 299 Stimmen, also mit nur 5 Stimmen Mehrheit, gewählt. Bei der Wahlprüfung durch die Wahlprüfungskommission stellte sich heraus, daß ihm eine Stimme an der absoluten Mehrheit fehlte. Die Kommission stellte aber noch ein Berleben dar, das wohl bis dahin noch keinem Reichstagsabgeordneten passiert war. Nach

— Der Friede im Berliner Baugewerbe ist gesichert. Wie das „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“, Organ des Verbands der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten, offiziell mitteilt, sind die Verhandlungen in der Arbeitgeber-Kommission für das Bauteile- und Bauunternehmen, insbesondere abgeschlossen, als eine Einigung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen erzielt ist, daß die Tarifgemeinschaft auf zwei Jahre verlängert und der Stundenlohn vom 1. April er. bis zum 1. April 1904 auf 67 1/2 Pf. und danach auf 70 1/2 Pf. gesteckt ist. Die Abmachung bedarf noch der endgültigen Zustimmung der betreffenden Generalversammlungen, die vor dem 1. April erwartet wird. Der Abschluß eines Tarifvertrages auch mit den Bauarbeiten wird als bevorstehend gemeldet. Damit ist die langwierige Wartung der Tarifgemeinschaft für das Baugewerbe von Neuem erweitert. Während gerade hier früher Streit an der Tarifvereinigung waren, durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer hart gekämpft wurden, ist, nachdem auch die Baugeschäfte sich zu einem Verband zusammengetragen haben und auf freilichem Wege durch Verhandlungen mit den Arbeitern die Arbeitsbedingungen festgelegt, Ruhe auf den Bauten eingeföhrt.

— Am Freitag Ottewiller-St. Wendel wird beschlossen, bei den nächsten Wahlen den Schiedsgerichts des westfälischen Friedens v. St. Gallen, Generalmajor a. D. v. Schubert, einzutragen. — Der Reichstagssitz im Westfälischen Neumünster-Weilheim ist wieder geöffnet, da der Zusammenschluß der Konservativen, Nationalsozialistischen Diktatur auf Platz, die Annahme des Reichstagsabgeordneten abgleichen sollte.

— Der Berliner Arbeiter-Verein wird sich in der Sitzung am 10. Februar mit der Strafpreis-Reform beschäftigen und nach einem Vortrage des Herrn Reichsgerichts-Landesmanns v. St. Gallen einen Vorschlag einer Strafpreiskommission stellen, die in Verbindung mit anderen rechtsstaatlichen Vereinen und vielleicht auch mit Mitgliedern des Reichstagsjura die gesetzliche Reformvorschläge eingehend bearbeiten wird.

— Schwerin 1. M. 14. Februar. Der Großherzog hat sich heute vormittag nach Rendsburg begaben.

— Bremen, 13. Februar. Zu der heute abend in Hause Seefahrer abgehaltenen Schäffermahlzeit, an der etwa 250 Personen teilnahmen, waren hier eingetragen: Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, der preußische Handelsminister Möller, der Unterstaatssekretär des Reichsfinanzamts, der hanseatische Geheimrat im Berliner Altkanzler, der Reichsfinanzamts für die Weltausstellung in Saint Louis, Oberregierungsrat Bernhard, Admiral Thommen, Kapitänleutnant v. Britzow und Gaffron u. a. Da das von dem Schiffer C. E. Michaelen ausgebrachte Hoch auf den Kaiser himmele geholt wurde, wurde auf die Verhandlung verzichtet, worauf die Nationalversammlung geschieht wurde.

— Düsseldorf, 14. Februar. (Telegramm.) Der Provinziallandtag wählt am 29. Februar den Regierungspräsidenten.

* In Wien ist am 10. Februar eine Versammlung des Grafschaft-Glogau-Bauernvereins des Schlesischen Landkreises unter Vorsitz des Herrenhausmitgliedes Grafen v. Oppersdorff abgehalten worden, in welcher der Platzer Stull, Vorsitzender des Verbands ländlicher Gemeinschaften, über die Auswirkungen der neuen Zolltarife der Landwirtschaft? referierte. Die Menge deßachtigte sich wiederholt mit Ausdrücken, die auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Circus Bush gefallen waren, und war gewissermaßen als eine Zusammenkunft des Schlesischen Bauernvereins mit dem Bundes zu betrachten. Platzer führte nach der

Anzeigen-Preis

die Geplätzten Zeitzeile 25 Pf.

Familien unter dem Redaktionsschrift (Geplätzten) 15 Pf. vor den Familienmitgliedern (Geplätzten) 10 Pf.

Tafelarbeiten und Bilder entsprechend der Geplätzten und Kostenanzeige 25 Pf. (vgl. Seite).

Groß-Häuser (geplätzte), nur mit der Belegung-Nachzahlung 10 Pf., mit Vorbehaltung 10 Pf.

Annahmeschluß für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Montags 10 Uhr.

Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind seit die Expedition zu.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von 8 bis 10 Uhr abends 7 Uhr.

Durch und Verlag von A. Voig in Leipzig.